

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:05 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Heino Ammersken

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Berendine Bamminger für Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Hinrich Odinga für Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Kurt Hannappel

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Hermann Züchner bis 18.30 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Dietrich
Herr Wilhelm Grix ab 17.05 Uhr
Frau Elsa Hartwig
Frau Soghra Janssen
Herr Dr. Friedhelm Voges bis 17.50 Uhr

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Dr. Ubbo Decker
Stadtamtfrau Elisabeth Szag
Stadtamtsrat Reinhard Kleen

2 Vertreterinnen der Presse

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Herr Ammersken eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Gäste aus der Partnerstadt Archangelsk und die beiden Vertreterinnen der Presse.

Herr Ammersken stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.03

Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 14.05.03 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 22), des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 9) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 02.07.03

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung (Nr. 22), des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 9) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 02.07.03 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt : 6 Vorlage 14-378/01 Zuschuss zu den Personalkosten der Kontaktstelle „Kumm rin“

Herr Dr. Decker erläutert die Vorlage.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, ob es sich bei der 50 %igen Förderung durch das Land um eine neue Projektförderung handele.

Herr Dr. Decker verneint dies. Die Förderung erfolge bereits seit dem 01.10.2002 und werde jetzt im 2. Jahr fortgeführt.

Herr Dr. Beisser bezweifelt, dass es sich bei der Aufgabe um eine Pflichtleistung der Gemeinde handelt. Er plädiert dafür, dass der Verein „Das Boot“ auch andere Zuschüsse einwerbe, z.B. von den Krankenkassen.

Herr Bongartz ist verwundert über die Höhe der Kosten für eine halbe Stelle für ein Jahr (26.000 €).

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Frau Tempel erläutert, es handele sich um eine Stelle BAT IV b. Der pauschalierte Betrag setze sich aus dem Arbeitgeberbrutto zuzüglich der Sachkosten für den Arbeitsplatz zusammen. Sie sagt zu, die Berechnung über das Protokoll bekannt zu geben.

Anmerkung des Protokollführers:

Laut Personalkostentabelle der KGSt 6/2002 betragen die Kosten für einen Sozialarbeiter der Gehaltsstufe BAT IV b jährlich 49.900 €. Für Sachkosten und Verwaltungskosten ist lt. OVG Lüneburg (28.10.1998) eine Pauschale von 15 % zu berücksichtigen. Beide Beträge zusammen ergeben die Kosten eines Arbeitsplatzes (lt. KGSt - Bericht 8/2001). Hieraus ergibt sich folgende Berechnung:

49.900 € zuzügl. 15 % (7.485 €) = 57.385 €. Hiervon die Hälfte wären 28.692,50 €. Die Projektförderung durch die Stadt Emden beträgt höchstens 26.000 €.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 7 Vorlage 14-249/03
Intensivierung der Vernetzungsbemühungen der Hilfen und Angebote in der Stadt Emden

Frau Tempel erläutert den Ablauf der Fachtagung zur Intensivierung der Vernetzung von Hilfen und Angeboten in der Stadt Emden am 04. und 05.07.2003 in der Nordseehalle Emden. Sie nennt die 4 Themenfelder, in denen Träger und Mitarbeiter sozialer Einrichtungen, Mitglieder der Ausschusses für Gesundheit und Soziales und Vertreter der Verwaltung Vorschläge hierzu erarbeitet hätten. Jetzt gehe es darum, diese Ergebnisse vorzustellen und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Herr Kleen weist auf die Verteilung der Zuschussmittel auf die unterschiedlichen Themenbereiche hin. Er stellt das Ergebnis der Arbeitsgruppe **Psychisch Kranke/Sucht** vor.

Herr Dr. Beisser hält Wartezeiten von bis zu 2 Wochen in der Suchtberatung für zu lang. Hier bedürfe das Zeitmanagement einer näheren Betrachtung, um möglichst auch Zeit für die Prophylaxe zu gewinnen.

Herr Dr. Decker sieht hierin eine Aufgabe der eingesetzten Koordinationsgruppe, die bis zum 30.04.2004 ein Konzept erstellen wolle.

Frau Tempel erklärt, dass seit der Fachtagung bereits erste Gespräche mit der Drobs und der Suchtberatung stattgefunden hätten. Die Koordinationsgruppe treffe sich erstmals im September. Sie schlägt vor, für das Jahr 2004 grundsätzlich keine Zuschussänderungen vorzunehmen. Die Zuschüsse sollten per Bewilligungsbescheid für 1 Jahr ausgezahlt werden und Nebenbestimmungen hinsichtlich der erforderlichen Kennzahlen enthalten.

Herr Dr. Voges plädiert dafür, für eine bessere Kostendeckung auch andere Kostenträger in die Finanzierung einzubeziehen, z.B. die Krankenkassen. Außerdem würde in Selbsthilfegruppen ebenfalls sehr wertvolle Hilfe geleistet, und zwar ohne Wartezeiten.

Frau Lina Meyer erkundigt sich nach den Planungen für ein Wohnheim für chronisch mehrfach Abhängige.

Dieses Thema werde im sozialpsychiatrischen Verbund weiter verfolgt werden, erklärt Frau Tempel.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Herr Bongartz weist darauf hin, dass es im Bereich der Drogen- und Suchtberatung 2 Angebote gäbe und fragt, ob es nicht sinnvoll sei, die DROBS und die Suchtberatung zusammen zu legen.

Herr Dietrich antwortet, dass dies grundsätzlich möglich sei, man sich vor 12 Jahren aber bewusst anders entschieden habe, da die Konsumenten illegaler bzw. legaler Drogen über eine sehr unterschiedliche Sozialisation verfügten und in verschiedenen Lebenswelten zu Hause seien. Beide Einrichtungen seien außerdem ausgelastet und mit lediglich 2 bzw. 2,5 Stellen ausgestattet.

Frau Elfriede Meyer weist auf die Versorgungslücke im Bereich der Spielsucht und der Essstörungen hin. Wegen der Zunahme der Fälle hält sie ein Angebot in diesem Themenfeld für unbedingt erforderlich.

Herr Dr. Voges erklärt, dass aufgrund der hohen Spezialisierung und Fachlichkeit im Bereich der Drogen- und Suchtberatung dieses Thema nicht „nebenher“ bearbeitet werden könne.

Herr Dr. Decker sagt zu, diese wichtige Frage zu einem Thema in der Koordinationsgruppe zu machen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe **Gewalt** erläutert Frau Tempel. Sie ergänzt, dass am Vortag ein Gespräch mit der AWO zum Frauenhaus stattgefunden habe. Es solle versucht werden, eine Entgeltvereinbarung zu schließen. Für 2004 sei ein Zuschuss in Vorjahreshöhe in Aussicht gestellt worden. Das Jahr 2004 solle genutzt werden, ein neues Konzept zu erstellen.

Herr Grix weist darauf hin, dass das Frauenhaus und die Beratungsstelle BISS in sich geschlossene Beratungsangebote anböten, die aber verknüpft werden könnten. Da davon auch die Jugendhilfe betroffen sei, habe man für den 8. Oktober ein Gespräch zwischen den Fachbereichen 500 und 600 sowie der AWO verabredet. Über das Programm „Daphne“ solle versucht werden, die Kosten für die Erstellung des Konzeptes zu erhalten. Dieses müsse auf die Erreichung einer möglichst hohen Effizienz mit dem vorhandenen Personal/Geld gerichtet sein.

Herr Dr. Decker weist auf eine starke Zunahme der Süchte hin, weshalb die Primärprävention immer wichtiger werde. Diese werde an den Emdener Grundschulen im Rahmen des Projektes „Klasse 2000“ versucht.

Herr Dr. Beisser hält die Essstörungen für ein medizinisches Problem, das sehr behandlungsresistent sei. Deshalb müssten auch die Krankenhäuser und Krankenkassen in den Prozess bzw. die Finanzierung einbezogen werden.

Herr Schulz betont die Wichtigkeit der Sozialarbeit an den Schulen, wenn es um die Prävention gehe.

Herr Ammersken erkundigt sich nach der Kostenbeteiligung durch andere Kommunen.

Frau Tempel erläutert, dass ca. 50 % der im Frauenhaus betreuten nicht aus Emden kämen. Eine Kostenerstattung zu erreichen, sei äußerst schwierig und bisher fast nur auf freiwilliger bzw. vertraglicher Basis möglich. Deshalb solle jetzt versucht werden, eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung abzuschließen. Dies werde in Niedersachsen bisher nicht praktiziert, da das Frauenhaus keine stationäre Einrichtung i. S. des § 97 BSHG sei.

Herr Lutz erläutert den Sinn einer Leistungs- und Entgeltvereinbarung.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Auf Nachfrage von Herrn Bongartz erklärt Herr Grix, dass bisher weder Auswärtige noch Emderrinnen abgewiesen werden mussten. Das Gewaltschutzgesetz habe aber keine Änderung der Belegung ergeben. Diese läge bei 65 %, in den letzten 10 Monaten bei ca. 80 %. Er hofft, bis Mitte 2004 ein neues Konzept vorlegen zu können.

Herr Kleen erläutert das Ergebnis der Arbeitsgruppe **Wohnungslose**.

Herr Züchner hält die Idee eines Runden Tisches für einen guten Vorschlag. Es sei ein Skandal, welche Zimmer z.T. von der Stadt angeboten würden. Er nennt als Beispiel die Adressen von 2 Häusern.

Frau Tempel weist darauf hin, dass es sich nicht um städtische Wohnungen handele. Es würde lediglich eine Liste mit Angeboten von Vermietern herausgegeben.

Herr Lutz ist auf Nachfrage von der GEWOBA nur in einem Fall die Zurückweisung eines Wohnungslosen bestätigt worden. Er fragt, ob nicht durch die Abtretung des Wohngeldes eine größere Bereitschaft zur Vermietung an diesen Personenkreis erreicht werden könne.

Herr Züchner plädiert dafür, auch die BAUBECON an dem Runden Tisch zu beteiligen. Er verweist auf die zunehmende Ratlosigkeit bei den Betreuern von Wohnungslosen.

Herr Hannappel fragt nach der geplanten Beteiligung der Wohnungslosen selbst. Auch sie könnten sicher einen Beitrag zur Lösung ihrer eigenen Misere leisten.

Frau Szag und Herr Dr. Beisser weisen darauf hin, dass die Abtretung von HLU oder Wohngeld nur freiwillig im Rahmen eines zivilrechtlichen Vertrages erfolgen könne.

Herr Züchner verweist auf die zusätzliche Schwierigkeit, dass bei einer Kürzung dieser Leistungen die Miete nicht mehr voll getragen werde.

Herr Dr. Decker weist abschließend noch einmal auf das niederschwellige ärztliche Angebot für Wohnungslose hin, das hohe Folgekosten erspare.

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe **Beratung** stellt Herr Kleen vor.

Herr Dr. Beisser dankt der Verwaltung für die Durchführung der Fachtagung und plädiert dafür, Förderrichtlinien zu entwerfen.

Frau Janssen betont, dass im Bereich der Migration unbedingt eine Sprachförderung benötigt werde.

Frau Tempel verweist auf die bisherige Praxis der Zuschussgewährung. Diese habe zu einer eher zufälligen Verteilung nach Verfügbarkeit der Mittel geführt. Von daher seien Richtlinien durchaus sinnvoll und hilfreich.

Herr Dr. Decker weist darauf hin, dass für Einrichtungen auch schon jetzt Förderrichtlinien gelten, z.B. die des Landes Niedersachsen, wenn dieses sich an der Finanzierung beteilige.

Herr Ammersken verweist auf das Produktbuch, in dem für die einzelnen Produkte Ziele genannt seien. Von daher sei es nur logisch, diese in die Förderrichtlinien aufzunehmen.

Herr Dr. Beisser beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, im Zuge der Neuordnung der Hilfen Förderrichtlinien zu erarbeiten, Ziele zu definieren und deren Erreichung über das Berichtswesen nachweisen zu lassen.

Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 27.08.2003

Diesem Antrag und der Weiterverfolgung der Vorschläge der Arbeitsgruppen zu den 4 genannten Themen stimmen alle Fraktionen zu.

Hinweis des Protokollführers:

Das Ergebnisprotokoll des Workshops „Vernetzung der Hilfen und Angebote in der Stadt Emden“ am 04. und 05.07.2003 in der Nordseehalle wurde im Anschluss an die Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt, die es nicht bereits als Teilnehmer erhalten hatten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14-774
Erstellung eines Mehr-Generationen-Hauses in Emden; Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.06.2003

Herr Dr. Beisser erläutert die Anfrage der FDP-Fraktion. Er möchte diesen als Anregung verstanden wissen. Auch könne er allen Interessierten gern Info-Material der Stadt Salzgitter zur Verfügung stellen.

Herr Bongartz hält eine Realisierung im Bunker Barenburg für sinnvoll, wenn dies nicht mit anderen Fördermitteln kollidiere. Er regt außerdem an, in allen neuen Wohngebieten auch Altenwohnungen auszuweisen. Den Antrag zur Förderung eines Mehrgenerationenhauses bittet er schnell zu stellen, da erfahrungsgemäß nur 1. Anträge bewilligt würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

keine

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Frau Tempel gibt bekannt, dass mehrere Zuschussanträge für unterschiedliche Projekte im Rahmen des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ eingereicht worden sind. Es handele sich hierbei um Kleinstprojekte, die mit einem Betrag von höchstens 10.000 € gefördert werden können. Eigenmittel seien nicht erforderlich.

Punkt : 11 Anfragen

keine